

**A5** Für Klimaschutz, saubere Luft und lebenswerte Städte

Gremium: Landesvorstand, Markus Ganserer (MdL)

Beschlussdatum: 08.09.2017

- 1 Wir stehen vor immensen Anstrengungen, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen.  
2 Dazu müssen wir dringend die Verkehrswende hin zu einer klimafreundlichen  
3 Mobilität einleiten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen Industriestaaten wie  
4 Deutschland die Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990  
5 senken. Doch der Verkehr fährt beim Klimaschutz hinterher. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen  
6 liegen im Verkehrssektor heute sogar über dem Niveau von 1990. Fast 40 Prozent  
7 der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen in Bayern aus dem Verkehrsbereich.  
8 Damit ist klar: Der Verkehr braucht dringend eine neue Richtung.
- 9 Verbrennungsmotoren verursachen aber nicht nur den Klimakiller CO<sub>2</sub>, sondern sie  
10 stoßen auch für den Menschen giftige Abgase aus - gefährliche Stickoxide In  
11 vielen deutschen Städten ist die Luft stark mit gesundheitsschädlichem Stickoxid  
12 (NO<sub>x</sub>) belastet, 67 % dieser Emissionen werden dabei von Diesel-PKWs verursacht.  
13 In Bayern betrifft das ganz besonders die Stadt München, aber auch Nürnberg,  
14 Augsburg, Würzburg und Regensburg liegen über den zulässigen  
15 Schadstoffgrenzwerten. Damit verstoßen Bayern und Deutschland seit Jahren gegen  
16 europäisches Recht. Die Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die Grenzwerte  
17 für Stickoxide eingehalten werden. Nur so können europäisches Recht eingehalten  
18 und gerichtlich verordnete Fahrverbote noch abgewendet werden.
- 19 Gesundheit schützen - Blaue Plakette einführen
- 20 Ein Großteil der innerstädtischen Stickoxidemissionen stammt aus den  
21 Dieselabgasen, die nicht den Herstellerangaben entsprechen, sondern durch  
22 illegale Abschaltvorrichtungen und vorsätzlichen Betrug die Luft in unseren  
23 Städten belasten. Die gesundheitliche Beeinträchtigung von vielen Menschen ist  
24 damit billigend in Kauf genommen worden. Doch die Gesundheit der Bürgerinnen und  
25 Bürger muss über den Geschäftsinteressen der Automobilhersteller stehen.
- 26 Die von der Automobilindustrie angebotenen Softwareupdates reichen bei Weitem  
27 nicht aus. Die nächste Bundesregierung muss deshalb die Einführung der Blauen  
28 Plakette ermöglichen. Denn die Städte brauchen ein wirksames und bundesweit  
29 einheitliches Instrument, um den Straßenverkehr zum Schutze der Gesundheit zu  
30 regulieren und generelle Fahrverbote zu vermeiden.
- 31 Dieselskandal schonungslos aufklären
- 32 Die für den Dieselskandal Verantwortlichen in den Konzernspitzen müssen zur  
33 Verantwortung gezogen werden. Wir GRÜNE werden uns nicht damit abfinden, dass  
34 Abgasvorschriften für Pkw nur auf dem Prüfstand eingehalten werden. Sowohl die  
35 schon im Betrieb befindlichen als auch entsprechende Neufahrzeuge müssen die  
36 Grenzwerte auf der Straße einhalten. Die Autoindustrie muss auf ihre Kosten  
37 Fahrzeuge wirkungsvoll nachrüsten. Da das Kraftfahrtbundesamt als Kontrollorgan  
38 versagt hat, fordern wir eine unabhängige Institution, die in das  
39 Umweltbundesamt integriert ist und mit wirksamen Kontrollen auch für die  
40 Einhaltung der Grenzwerte auf der Straße garantiert.

41 Der Dieselskandal offenbart, wie die Bundesregierung, allen voran CSU-  
42 Bundesverkehrsminister Dobrindt über Jahre die Manipulationen in der  
43 Automobilindustrie mitgetragen haben. Auf fahrlässige Weise hat der Bund die  
44 gesundheitlichen Gefahren, die von Diesel-Verbrennungsmotoren im Straßenverkehr  
45 ausgehen verharmlost und die Kommunen im Stich gelassen. Das CSU geführte  
46 Bundesverkehrsministerium hat den Betrug der Autokonzerne an Umwelt und  
47 Verbraucher\*innen gedeckt und vertuscht. Die politische Verantwortung dafür muss  
48 der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode schonungslos aufklären. Die  
49 Politik darf das Geschehene nicht einfach so unter den Teppich kehren.

50 Der Staat muss durch neue Rechtsschutzmöglichkeiten gewährleisten, dass die von  
51 den Abgasmanipulationen betroffenen Autokäufer\*innen ihr Recht auf  
52 Schadensersatz zusammen durchzusetzen können. Gruppenklagen müssen daher  
53 angesichts der drohenden Verjährung umgehend zugelassen werden.

54 Verantwortung für Klima und Automobilstandort

55 Wir GRÜNE tragen Verantwortung für den Klimaschutz und die Arbeitsplätze am  
56 Automobilstandort Bayern. Auch bei der Realisierung der von uns geforderten  
57 Verkehrswende wird das Auto ein wichtiges Fortbewegungsmittel bleiben, gerade im  
58 ländlichen Raum. Das bisherige Geschäftsmodell der Deutschen und Bayerischen  
59 Automobilindustrie – der Verkauf von Fahrzeugen mit fossil betriebenen  
60 Verbrennungsmotor – steht auf wackeligen Füßen. In Europa werden von Norwegen  
61 über die Niederlande und Großbritannien bis Österreich gesetzliche Auslaufdaten  
62 für Verbrennungsmotoren diskutiert. In Norwegen liegt der Marktanteil von  
63 Elektroautos schon heute bei 23 Prozent. Bei der Herstellung von  
64 Elektromobilitätsfahrzeugen und Batterien verfügen China, Japan und die USA bereits  
65 über einen großen Vorsprung. Die Automobilindustrie und der Verbrennungsmotor  
66 hat Arbeitsplätze und Wohlstand für Bayern gebracht, doch wer die Zeichen der  
67 Zeit nicht richtig erkennt und handelt, der setzt diese in der Zukunft aufs  
68 Spiel. Wir wollen verhindern, dass Ingolstadt oder Dingolfing das „Detroit von  
69 morgen“ werden. Noch können wir Vorreiter für die ökologische Modernisierung  
70 werden. Deshalb wollen wir jetzt der Automobilindustrie klare Rahmenbedingungen  
71 aufzeigen. Ab 2030 sollen alle Neuwagen abgasfrei sein. Das ist gut für unser  
72 Klima und rettet die deutsche Autoindustrie.

73 Wir wollen Kaufanreize schaffen, die für die öffentliche Hand aufkommensneutral  
74 sind. Deswegen fordern wir, die Kfz-Steuer in Deutschland in eine CO<sub>2</sub>-abhängige  
75 Kfz-Zulassungssteuer mit Steuerfreiheit für emissionsfreie Fahrzeuge  
76 umzuwandeln.

77 Saubere Luft in lebenswerten Städten

78 Nicht alle Verkehrsprobleme der Großstädte lassen sich allein unter der  
79 Motorhaube lösen. Neue Umgehungsstraßen werden nicht besser, wenn zukünftig  
80 Elektroautos darüber rauschen. Die Staus auf hoch belasteten Einfallstraßen  
81 lösen sich durch Elektroautos nicht in Luft auf und in unseren eng bebauten  
82 Städten nehmen die parkenden Autos viel zu viel des knappen öffentlichen Raums  
83 in Anspruch. Gerade die Menschen in den Städten leiden unter den negativen  
84 Folgen des Autoverkehrs. In urbanen Gebieten lässt sich Mobilität auch jenseits  
85 vom eigenen Auto intelligent und effektiv organisieren.

86 Der beim Dieseltreffen vereinbarte Fonds von einer Milliarde Euro für die  
87 besonders von Luftverschmutzung belasteten Städte reicht nicht aus. Einmalige

88 Geldspritzen lösen die Probleme der Städte nicht. Was wir brauchen, sind  
89 verbindliche Maßnahmen für klimafreundliche Mobilität und saubere Luft in den  
90 Städten. Wir wollen eine Investitionsoffensive in klimafreundliche Mobilität  
91 starten mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“: Eine Milliarde Euro jährlich für  
92 den Ausbau des Nahverkehrs.

93 Wir Grüne stehen für eine Mobilitätspolitik, die weniger auf das Auto fixiert  
94 ist, und die umweltfreundlichen Alternativen von Bus und Bahn sowie des Rad- und  
95 Fußverkehrs stärkt. Denn Elektrobusse, weniger Staus und mehr Radfahrer\*innen  
96 machen die Stadtluft sauberer.

97 Dafür braucht es ein ganzes Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen - einen  
98 Aktionsplan Saubere Luft

99 Wir fordern vom Bund:

- 100 • die Einführung der Blauen Plakette zum Schutz unserer Gesundheit
- 101 • jährlich eine Milliarde Euro für den Ausbau des Nahverkehrs
- 102 • die Abschaffung des „Diesel-Privilegs“. Mit den steuerlichen Mehreinnahmen  
103 soll ein Programm finanziert werden:
  - 104 ◦ für die Umstellung unserer Busse auf emissionsfreie Bussysteme und  
105 die kurzfristige Nachrüstung mit Stickstoffdioxid-Filteranlagen
  - 106 ◦ für die Umstellung der städtischen Fuhrparks auf emissionsfreie  
107 Fahrzeuge
  - 108 ◦ zum Aufbau einer vernünftigen Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum
  - 109 ◦ zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur

110 Vom Freistaat Bayern fordern wir:

- 111 • eine deutliche Erhöhung der ÖPNV-Zuweisungen, damit Kommunen das ÖPNV-  
112 Angebot vor allem durch zusätzliche Buslinien schnell und deutlich  
113 verbessern können
- 114 • ein ambitioniertes Förderprogramm für den Radverkehr
- 115 • die Finanzierung von Radschnellwegen durch den Freistaat und
- 116 • die Realisierung eines Radschnellwegesystems in den Ballungsräumen München  
117 und Nürnberg in den nächsten fünf Jahren
- 118 • deutlich mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen beim  
119 Parkplatzmanagement